



Bad Brückenau

15. Oktober 2024 | Seite 11

🕒 4 min.

Klärung bei der Kläranlage

BÜRGERINFORMATION Auf Details zu Neubau und Finanzierung der Kläranlage müssen Interessierte bis zum Frühjahr 2025 warten. Das sind die Gründe.

VON UNSEREM MITARBEITER SEBASTIAN SCHMITT

Wildflecken Diskussionspunkte bei der Sitzung des Wildfleckener Gemeinderates waren unter anderem der geplante Neubau der Kläranlage samt Finanzierung, der Fortschritt beim Glasfaserausbau und diverse Maßnahmen zur Instandhaltung der örtlichen Infrastruktur.

Bürgermeister Gerd Kleinhenz (PWW) stellte klar, dass in den bevorstehenden Bürgerversammlungen noch keine aktualisierten Informationen zum Neubau der Kläranlage und der dazugehörigen Finanzierung gegeben werden können. Er kündigte an, dass die relevanten Details in einer gesonderten Bürgerinformationsveranstaltung im Frühjahr 2025 präsentiert werden. Erst dann würden konkrete Planungen und Kostenaufstellungen vorliegen, was letztlich für die Bürgerinnen und Bürger von großem Interesse ist, zumal vor diesem Termin ohnehin noch keine Verbesserungsbeiträge erhoben werden. Gemeinde-

rat Holger Trump (CSU/PWG/OWII) betonte, dass es wichtig sei, die Bürger zeitnah darüber zu informieren. Dabei wurde der Vorschlag gemacht, die Bevölkerung umfassend über den zeitlichen Ablauf des Projekts zu unterrichten, um Missverständnisse zu vermeiden.

Geschäftsleiter Daniel Kleinheinz wies darauf hin, dass aufgrund weiterer Vorgaben durch das Wasserwirtschaftsamt Bad Kissingen ein Messprogramm in Auftrag gegeben werden muss und bis zur Vorlage der Ergebnisse keine genauen Kostenberechnungen vorgenommen werden können. Daher könne erst im Frühjahr 2025 eine Verbesserungsbeitragssatzung erlassen werden.

Ein weiteres zukunftsweisendes Projekt für die Gemeinde ist der Glasfaserausbau. Bürgermeister Kleinheinz informierte, dass die Telekom den Sachstand zum Ausbau im Rahmen der Bürgerversammlungen präsentieren werde. Nach aktuellem Stand ist der Bau start für das Frühjahr 2025 geplant, während die Bauanlaufbesprechung im November 2024 stattfinden soll. Geschäftsleiter Daniel Kleinheinz fügte hinzu, dass die Telekom eine Firma für die Ausführung der Bauarbeiten gefunden habe.

Ein weiteres Anliegen brachte Gemeinderat Klaus Rest (PWW) zur Sprache: Nach der Beseitigung von Käferfichten am Altenberg seien großflächige Schäden an den Hängen entstanden. Diese müssten nun gesichert und neu bepflanzt werden. Rest regte an, die Einnahmen aus dem Holzverkauf für die notwendige Neuaufforstung zu verwenden. Bauamtsleiter Matthias Helfrich teilte mit, dass Kontakt zum Forstamt aufgenommen wurde und Pläne zur Auswahl geeigneter Baumarten erstellt werden.

Die Pflasterarbeiten am Gehweg am Lörschshag sorgten für Diskussionen. Gemeinderat Christoph Schmitt (PWW) bemerkte, dass nach den abgeschlossenen Stromarbeiten das Pflaster wieder verlegt worden sei, jedoch nicht in der ursprünglichen Qualität. Er bemängelte, dass die Arbeiten unsachgemäß ausgeführt wurden und fragte, ob dies so belassen werde. Bauamtsleiter Helfrich stellte klar, dass nicht die Firma, die ursprünglich für den Gehweg zuständig war, sondern ein anderes Unternehmen die Pflasterarbeiten durchgeführt habe. Bürgermeister Kleinheinz ergänzte, dass bereits Gespräche mit dem Bayernwerk geführt wurden. Gemeinderat Trump äußerte Kritik, dass nicht nur ein anderes Pflaster verwendet wurde, sondern auch ein abweichendes Verlegemuster. Er forderte, dass die Arbeiten so nachgebessert werden, dass der Gehweg in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzt werde.

Ladestation länger defekt

Gemeinderat Bernhard Kirchner (PWW) brachte ein weiteres Problem zur Sprache: Die Ladestation für Elektroautos am „Haus der Schwarzen Berge“ funktioniere seit mindestens einem halben Jahr nicht mehr. Bürgermeister Kleinheinz informierte, dass der Landkreis für die Ladestation verantwortlich sei und die Gemeinde bereits Kontakt aufgenommen habe.

Der Gemeinderat beschäftigte sich auch mit der Errichtung einer Doppelgarage mit Stützmauer in der Sonnenstraße. Der Bauherr stellte einen Antrag auf Baugenehmigung für den Neubau einer Doppelgarage, die Errichtung einer Stützmaueranlage mit Außentreppe sowie verschiedene Geländeänderungen. Grundsätzlich entspricht das Vorhaben den Festsetzungen des Bebauungsplans. Die geplante Grenzgarage übersteigt die zulässigen neun Meter Grenzbebauung, hieß es im Gemeinderat. Aus diesem Grund hat

das Landratsamt bereits eine Verschmelzung der beiden betroffenen Grundstücke gefordert. Diese soll Voraussetzung für die Baugenehmigung sein. Von Seiten der Verwaltung wurde kein Widerspruch erhoben.

Die Tatsache, dass die Garage bereits errichtet wurde, sorgte für Diskussionen. Einige Ratsmitglieder bemängelten die Vorgehensweise des Bauherrn und forderten eine Rüge. Bauamtsleiter Helfrich erläuterte, dass der Bauherr den Antrag zunächst im sogenannten Freistellungsverfahren gestellt hatte, was aufgrund der Größe und Höhe der Garage sowie der Grenzüberbauung jedoch nicht ausreichte. Das Landratsamt forderte die nachträgliche Einreichung eines formellen Bauantrags. Bürgermeister Kleinhenz wies darauf hin, dass im Extremfall ein Rückbau der Garage gefordert werden könne, was jedoch weder vom Gremium noch von der Verwaltung gewünscht sei. Auf Nachfrage von 2. Bürgermeister Wolfgang Illek (CSU/PWG/OWII) erklärte Geschäftsleiter Kleinhenz, dass die Verschmelzung der Grundstücke verbindlich sei und als Teil der Baugenehmigung gelten werde. Der Marktgemeinderat stimmte mehrheitlich für das Bauvorhaben.